

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: (02 28) 9 15 20-42 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Die Verdienste des verstorbenen NATO-Generalsekretärs Dr. Manfred Wörner würdigt Brigitte Schulte MdB.

Seite 1

Die Forderung des Berliner CDU-Abgeordneten Heinrich Lummer, die Bundesmittel für die Deutsche Aidhilfe zu streichen, weist Antje-Marie Steen MdB zurück.

Seite 2

'Durch überhöhte Mondpreise will die Bahn AG die Konkurrenz von ihrem Schienennetz fernhalten, vermutet Robert Antretter MdB

Seite 3

Die Medienkonzentration ist eine Gefahr für den Bestand der Demokratie, warnt Prof. Dr. Uwe Jens MdB.

Seite 3

Dokumentation

In einer kleinen Anfrage im Bundestag bekräftigt die SPD-Bundestagsfraktion ihren Verdacht, die Bundesregierung mißbrauche die deutsche EU-Ratspräsidentschaft für Wahlkampfzwecke.

Seite 4

49. Jahrgang / 155

15. August 1994

Manfred Wörner hat viel Vertrauen für Deutschland in der NATO gewonnen

Zum Tode des NATO-Generalsekretärs Dr. Manfred Wörner

Von Brigitte Schulte MdB

SPD-Sprecherin der NATO-Parlamentarier

Mit dem Tode eines Kollegen sollte das Trennende zwischen Politikern verschiedener Parteien zurückstehen. Auch wir Sozialdemokraten haben Grund, unserem langjährigen Bundestagskollegen, dem Bundesverteidigungsminister und NATO-Generalsekretär Dr. Manfred Wörner für sein großes Engagement zu danken.

Manfred Wörner hatte die Lehren der beiden Weltkriege begriffen:

- **Nie wieder** sollte das neue Deutschland, sollte die Bundesrepublik wieder isoliert in Europa sein.
- **Nie wieder** sollten sich die demokratischen Staaten Europas und Nordamerikas vor Deutschlands militärischen und nationalistischen Eskapaden fürchten müssen.
- **Nie wieder** sollte Deutschland ein unberechenbarer Partner für seine Nachbarn sein.

Aus diesem Grunde bejahte er die feste Einbindung unseres Staates in das militärische Verteidigungsbündnis und arbeitete während seines ganzen Politikerlebens für diese Aufgabe. Er wurde zum überzeugten Atlantiker und blieb dies auch nach dem politischen Wechsel in Osteuropa und der Auflösung des Warschauer Paktes. Aber gerade weil er in der NATO weiterhin die politischen und militärischen Wurzeln des wieder vereinten Deutschlands sah, war er auch für die Öffnung des Bündnisses.

Manfred Wörner arbeitete dafür, Amerikaner und zaudernde Europäer wie die Briten und Spanier davon zu überzeugen, daß der NATO-Kooperationsrat ein Weg zur engen Partnerschaft mit den Nachfolgestaaten des früheren Ostblocks ist. Der furchtbare Krieg im früheren Jugoslawien bewegte ihn auch, eine engere, militärische Zusammenarbeit anzustreben.

Das Programm Partnerschaft für den Frieden nahm er ernst, sah es als zweiten Schritt für die politische und militärische Zusammenarbeit in Europa. Nie vergaß er, daß dies nur gelingen konnte, wenn die 16 Partnerstaaten auch aktiv mitmachten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Er erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Kemüßiger Druck
mit wertvollen Recycling-Papier



Zur Leistungsbilanz von Dr. Manfred Wörner gehört auch, die Franzosen wieder behutsam an das NATO-Bündnis herangeführt zu haben. Schon vor der deutschen Einheit legte er mit der französisch-deutschen Brigade den Grundstein für das heute multilaterale Eurokorps, auch dies mit Zustimmung der Nordamerikaner, die auf Dauer ihre starke militärische Präsenz abbauen wollten.

Beeindruckend waren seine Besuche in den neuen Demokratien Europas, deren Ziel es bleibt, Mitglied des gemeinsamen Bündnisses zu werden.

(-/15. August 1994/hgs/ks)

Lummer disqualifiziert sich selbst

**Von Antje-Marie Steen MdB
Stellvertretende gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion**

Mit aller Schärfe wende ich mich gegen die Forderungen des MdB Heinrich Lummer, CDU, die Bundesmittel für die Deutsche AIDS-Hilfe zu streichen. Heinrich Lummer, bekannt durch seine restriktive Haltung gegenüber AIDS-Erkrankten setzt hier seinen bisher schon unsäglichen Erklärungen den Betroffenen gegenüber die Krone auf. Nach seinen Verlautbarungen sollte bereits eine Meldepflicht für HIV-Infizierte sowie deren Isolierung (wie auch immer) erfolgen. Es wäre geradezu katastrophal, sollte seinen Forderungen nach Streichung der Mittel für Präventionen, die er an den Kanzler persönlich richtete, nachgegeben werden. Der gerade zu Ende gegangene Welt-AIDS-Kongreß in Japan hat deutlich gemacht, daß zur Zeit nur eine umfassende Prävention vor der Infektion und damit vor der Erkrankung schützt. Diese muß stärker ausgeweitet werden, sollen nicht die Schreckensvisionen von über 20 Millionen infizierter Menschen Wirklichkeit werden.

Die Deutsche AIDS-Hilfe leistet auf dem Gebiet Prävention, Aufklärung und Betreuung sogenannter Risikogruppen hervorragende Arbeit. Sie genießt die Anerkennung aller Fachleute. Darüber hinaus ist es gerade der Deutschen AIDS-Hilfe zu verdanken, daß durch ihre Sachkenntnis speziell auf Zielgruppen gerichtete Publikationen und Aufklärungsmaterialien entstanden sind. Nur so können Materialien zur Aufklärung und Vorbeugung die gewünschte Aufmerksamkeit dieser Gruppen erlangen und somit präventiv wirken.

Wer seine persönlichen verquasteten Moralvorstellungen zum Maß aller Dinge erklärt, wie zum Beispiel Herr Lummer, der wird sich fragen lassen müssen, wie er eine effiziente Prävention gegen die Krankheit gewährleisten will. In Deutschland sind bereits 60.000 Menschen infiziert und damit einer tödlichen Krankheit ausgesetzt. Solange es keine Behandlungsmethoden und wirksame Medikamente gegen diese tödlich verlaufende Erkrankung gibt, ist der einzige Schutz eine umfangreiche und zielgerichtete Aufklärung. Ich fordere den Bundeskanzler auf, die Unterstützung und Mittelbereitstellung für die Deutsche AIDS-Hilfe zu intensivieren und den unqualifizierten Forderungen seines Parteifreundes, für den "Toleranz" ein Fremdwort ist, eine Absage zu erteilen. Moralapostel hat diese Welt genug. Mit ihnen kann man keine Krankheit besiegen. Wohl aber mit gezielter Forschung, Aufklärung, mit Toleranz gegenüber den Betroffenen und mit ausreichender Mittelbereitstellung zur Selbsthilfe.

(-/15. August 1994/hgs/ks)

Mondpreise verhindern Wettbewerb

Deutsche Bahn AG und Bundesregierung gefährden Ziele der Bahnstrukturreform

Von Robert Antretter MdB

Durch die Eisenbahnstrukturreform sollten auch Dritte einen Zugang zum Eisenbahnnetz erhalten. Dadurch sollte auf den Hauptstrecken mehr Wettbewerb mit dem Ziel der Kostensenkung für die Kunden entstehen. Auf den Nebenstrecken sollten kleinere Gesellschaften ermuntert werden, überhaupt wieder verkehrsunternehmerisch tätig zu werden. So war eine Reihe von kleineren Eisenbahngesellschaften und kommunalen Verkehrsbetrieben sehr daran interessiert, auf Strecken, auf denen die Deutsche Bahn AG nur noch Güterverkehr betreibt, wieder Personenverkehr einzurichten.

Jetzt hat die Deutsche Bahn AG die Preise veröffentlicht, die sie für die Benutzung ihrer Gleise durch Dritte verlangt. Nach einhelliger Auffassung der Experten sind diese Preise absichtlich von der Deutschen Bahn AG so weit überhöht, daß mögliche Konkurrenten abgeschreckt werden.

Diese "Mondpreise" müssen korrigiert werden. Es war immer eine besondere staatliche Aufgabe, den diskriminierungsfreien Zugang zur staatlichen Infrastruktur zu gewährleisten. Was auf der Straße seit langem üblich ist, nämlich Wettbewerb, muß auf der Schiene auch üblich werden. Vor allem aber müssen auf den Nebenstrecken Dritte wieder Personenverkehr durchführen können und damit attraktive Umsteigemöglichkeiten für Autofahrer schaffen. Die Bundesregierung muß deshalb, wenn die Bahn es nicht kann und will, schnellstens selbst angemessene Benutzungspreise für die Schienen festsetzen, damit die dringend notwendige Verlagerung von Personen- und Güterverkehr auf die Schiene nicht weiter behindert wird.

(-/15. August 1994/hgs/ks)

Die Meinungsvielfalt erhalten

Medienkonzentration ist Gefahr für die Demokratie

Von Prof. Dr. Uwe Jens MdB

Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Viele klagen, selbst Direktoren von Landesmedienanstalten, aber getan wird nichts. Die Medienpolitik ist ein stumpfes Schwert gegen die Medienkonzentration. Die Medienanstalten der Länder neutralisieren sich gegenseitig; alle haben ihre Favoriten. Während Bayern seine schützenden Hände über das Medienimperium von Leo Kirch hält, denkt Nordrhein-Westfalen vor allem an Bertelsmann. Der Artikel 5 des Grundgesetzes wird dabei immer mehr ausgehöhlt und zur leeren Hölse gemacht.

Wenn die Landesmedienanstalten aufgrund der politischen Rivalität ihren Aufgaben nicht gerecht werden können, so ist der Bundesgesetzgeber gefragt. Das bisher fixierte Antikonzentrationrecht in Form der Pressefusionskontrolle im GWB hat sich als "zahnloser Tiger" erwiesen. Eine dringend notwendige Verbesserung des Wettbewerbsrechts muß mindestens drei Maßnahmen umfassen:

- Die Auskunfts- und Einsichtsrechte sind zu verbessern und eine Lizenzvergabe durch eine Landesmedienanstalt ist stets zuerst dem Bundeskartellamt zu melden.
- Entsprechend einem Vorschlag der Monopolkommission muß die Übertragung von Sendelizenzen auf ein Verlagsunternehmen wie ein Fusionsfall behandelt werden.
- Auch Marktmacht aufgrund von internem Wachstum kann zur Monopolisierung führen. Dafür benötigen wir dringend eine wirksame Entflechtungsregelung, die heute noch als "Fleet in Being" wirken kann und morgen vielleicht zum Tragen kommt.

Auch die EU ist aufgerufen, die vernünftigen Ansätze im sogenannten Grünbuch weiter zu verfolgen. Nur zunächst ist die Bundesregierung gefordert im "eigenen Hause", für die Wiederherstellung und den Erhalt der Meinungsvielfalt zu sorgen.

(-/15. August/hgs/fr)

DOKUMENTATION**EU-Ratspräsidentschaft verkommt zur Wahlwerbung****Mißbrauch von Steuermitteln für Ratstagungen und informelle Ministertreffen durch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft****Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag**

Die Bundesrepublik Deutschland hat am 1. Juli 1994 turnusmäßig die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union übernommen. Es gehört damit zu den Aufgaben der Bundesregierung, Ratstagungen und informelle Ministertreffen einzuberufen. Die Einberufung derartiger Tagungen erfolgte bisher in der Regel nach dem Grundsatz, dies nur dann zu tun, wenn ein fachlich zwingender Grund dafür vorhanden war. Dies ist zum Beispiel dann der Fall, wenn trotz intensivster Bemühungen der europäischen Experten die erforderliche Einigung in einer in der Europäischen Union zur Entscheidung anstehenden Frage ohne das persönliche Tätigwerden der Fachminister nicht getroffen werden kann. Diese sinnvolle Regelung ist bisher auch grundsätzlich beachtet worden. Für ihre weitere strikte Respektierung spricht auch gerade der Grundsatz der sparsamen Verwendung öffentlicher Mittel.

Die Bundesregierung beabsichtigt, während ihrer Ratspräsidentschaft 43 Ratstagungen und 13 informelle Ministertreffen abzuhalten.

Alle informellen Ministertreffen, die die Bundesregierung bisher angesetzt hat, finden in den Monaten Juli und September statt; in den Monaten Oktober bis Dezember sind hingegen keine informellen Ministertreffen mehr vorgesehen. Am 16. Oktober 1994 wird der nächste Deutsche Bundestag gewählt. Wir fragen daher die Bundesregierung:

1. Unter welchen Gesichtspunkten wurde die Anzahl der Ratstagungen und informellen Ministertreffen festgelegt?
2. Unter Bezug auf welche anstehende EU-rechtliche Entscheidung war das informelle Treffen der Wohnungsbauminister notwendig?
3. Welche EU-rechtlichen Bezüge hatte das informelle Treffen der Kulturminister in Würzburg?
4. Wie hoch sind die Kosten aller einzelnen Ratstagungen und informellen Ministertreffen? Welche Haushaltstitel werden mit diesen Kosten belastet, beziehungsweise aus welchen anderen Mitteln werden diese Tagungen finanziert?
5. Ist es richtig, daß die deutschen Steuerzahler angesichts der Planungen der Bundesregierung für die während der deutschen Ratspräsidentschaft vorgesehenen Ratstagungen, informellen Ministertreffen und für den Europäischen Rat im Dezember 1994 insgesamt mindestens zehn Millionen DM zahlen müssen?
6. Wie hoch ist der Betrag, der von der Europäischen Union für diese Tagungen zusätzlich zur Verfügung gestellt wird?
7. Nach welchen Kriterien wurde der Zeitpunkt der Ratstagungen und informellen Ministertreffen festgelegt? Außer im sitzungsfreien Ferienmonat August finden alle informellen Ministertreffen in den Monaten Juli bis September statt.
8. Trifft es zu, daß die Zeitpunkte der bisher angesetzten informellen Ministertreffen ausschließlich oder unter teilweiser Berücksichtigung des Gesichtspunkts festgesetzt wurden, dem jeweiligen Bundesminister die Gelegenheit zu verschaffen, seinen Vorsitz bei diesen Treffen für Öffentlichkeitsarbeit der Regierungsparteien CDU/CSU und FDP noch vor der Bundestagswahl zu nutzen?
9. Nach welchen Kriterien hat die Bundesregierung die Tagungsorte der Ratstagungen und informellen Ministertreffen ausgewählt?
10. Welche Begründung gibt die Bundesregierung zum Beispiel dafür, daß das informelle Ministertreffen der Verkehrsminister der Europäischen Union nach Ludwigsburg, in den Wahlkreis Verkehrsminister Wissmanns, einberufen wurde?
11. Nach welchen Kriterien wurde das informelle Treffen der Finanzminister nach Lindau einberufen?
12. Nach welchen Kriterien wurde Münster als Tagungsort für das informelle Treffen der Agrarminister ausgesucht?
13. Wie ist die Häufung der Veranstaltungen in den jeweiligen Wahlkreisen der Minister mit dem Grundsatz der sparsamen Verwendung öffentlicher Mittel in Einklang zu bringen? (-/15. August 1994/hgs/fr)
